

**Heinz Glässgen**

## **Chancen und Probleme der Neuen Medien**

*Die neuen Techniken der Information und Kommunikation werden die Zukunft unseres Lebens nachhaltig beeinflussen. Kirche und Gesellschaft, Pastoral, Erwachsenenbildung und Pädagogik sind daher herausgefordert, sich mit diesen Entwicklungen zu befassen. Ein Schwerpunkt zum Thema Kirche und Medien hat daher zunächst wohl auch einen Überblick über die sogenannten „Neuen Medien“ und ihre technischen Eigenarten zu bieten. Während sich die Fragen nach den Chancen und Problemen wohl in allen deutschsprachigen Ländern in ähnlicher Weise stellen und daher über Programmaktivitäten im Fernsehbereich europaweit informiert wird (und auch sonst gelegentliche Hinweise auf die Situation in Österreich und in der Schweiz gegeben werden), müssen Fragen der Gesetzgebung und die Auswahl lokaler Sender auf Beispiele aus der BRD beschränkt bleiben.* red

### *Einleitung*

Seit inzwischen einer ganzen Reihe von Jahren schlägt die Diskussion, ja der Streit um die sogenannten „Neuen Medien“ mittlere bis höhere Wogen. Fast kein Tag vergeht ohne teilweise mehrspaltige Artikel in Tageszeitungen, Wochenzeitschriften und Magazinen, von der Flut der Fachartikel und Bücher ganz zu schweigen. Auf allen Seiten, vom Welt- bis zum Lokalteil einer Zeitung, wird das Thema dabei behandelt: internationale Medienkonzerne und ihre nationalen Filialen, Bemühungen um eine europäische Medienordnung, insbesondere im Bereich des die nationalen Grenzen überschreitenden Satellitenrundfunks, bundes- und landespolitische Bemühungen um die Gestaltung der Medienordnung hierzulande, Errichtung von landesweiten, regionalen und lokalen Radio- und Fernsehstationen, Fragen von öffentlich-rechtlicher und privater Trägerschaft, Verkabelung von Dörfern und Stadtteilen – das sind nur einige der Stichworte, die die Spannweite des Themas anzudeuten vermögen.

Unermeßliche Möglichkeiten  
neuer Techniken . . .

Worum geht es? Sicher zunächst um technische Fragen, wobei die neuen Möglichkeiten, die sich im Bereich der Kommunikationstechnik zeigen, nur ein kleiner Ausschnitt aus einer viel umfassenderen technischen Entwicklung darstellen. Die Grundlage für die rasche Entwicklung einer Fülle von neuen Informations- und Kommunikationstechniken bildet die Elektronische Datenverarbeitung (EDV) im Zusammenwirken mit der Mikroelektronik. Es geht um neue Möglichkeiten, Daten (jede Art formalisierter Information, Schrift wie Sprache, Ton und Bild) mit Hilfe der Elektronik zu verarbeiten, über neue Netze (Glasfasertechnik, Opto-Elektronik, also Techniken, die das Licht als Übermittler von Informationen über lichtdurchlässige Kabel – Glasfaserkabel – ermöglichen) zu übertragen, in großem Umfang zu speichern und für die Arbeitsabläufe jeglicher Art zugänglich zu machen. Die neuen Techniken der Information und Kommunikation in generellem Sinne sind noch nicht im entferntesten ausgeschöpft, so daß mit Fug und Recht behauptet werden kann, daß durch ihre Entwicklung die Zukunft unseres Lebens in privater und beruflicher Hinsicht nachhaltig beeinflußt und verändert werden wird.

Das hier gestellte Thema, eingegrenzt auf „Neue Medien“ im Sinne von Techniken und Medien der gesellschaftlichen Kommunikation, ist also nur ein Ausschnitt aus diesem viel größeren Gesamtzusammenhang.

. . . und ihre Anwendung  
in der gesellschaftlichen Kommunikation

Es geht zwar um Technik und um technische Möglichkeiten. Doch die technischen Fragen und Probleme sind allenfalls in Fachkreisen strittig. Der eingangs konstatierte Streit dreht sich um die Möglichkeiten, die die neuen Techniken eröffnen, oder anders ausgedrückt, um die Anwendung der technischen Möglichkeiten im Bereich der gesellschaftlichen Kommunikation. So geht es dabei zentral um die Fragen, ob, in welchem Umfang, mit welchem Ziel, welchen Prioritäten, welchen Auflagen, in wessen Interesse, in welcher Organisationsform, mit welchem Programm, in welcher Programmviel-



falt, unter welcher Kontrolle usw. neue Kommunikationssysteme zugelassen werden sollen.

Die technische Entwicklung ist zweifellos Auslöser für diesen Streit, da beispielsweise die bisher vorhandenen Engpässe, die bei Radio und Fernsehen zur Beschränkung auf die herkömmlichen Hörfunk- und Fernsehprogramme zwangen, bereits jetzt oder aber in naher Zukunft nicht mehr bestehen. Damit entfällt zumindest für die einen der wesentliche Grund für das bestehende Rundfunksystem, weil es jetzt technisch möglich ist, ein Vielfaches an Hörfunk- und Fernsehkanälen und damit -programmen zur Verfügung zu stellen. Genau an dieser Stelle jedoch tauchen die bereits angedeuteten Fragen und Probleme auf.

### *I. Was sind Neue Medien?*

Doch bevor der aktuelle Stand von Programmen und Problemen skizziert und mögliche Auswirkungen angedeutet werden können, sollen wenigstens stichwortartig jene Begriffe erläutert werden, die in der Diskussion immer wieder eine Rolle spielen.

#### Speichermedien: Video und Bild-Platte

In 22% der Haushalte in der Bundesrepublik gab es nach Erhebungen des Deutschen Videoinstituts 1985 einen Videorecorder (1984: 17%). 1985 wurden nach Schätzungen 1,5 Mill. Videorecorder und rund 42 Mill. Kassetten gekauft. Videorecorder werden nach wie vor hauptsächlich zum Aufzeichnen von Fernsehprogrammen genutzt, jedoch werden von über 70% der Videorecorderbesitzer gelegentlich oder häufiger Videoprogrammkassetten gemietet. Das Deutsche Videoinstitut veröffentlichte folgende Daten zum Programm: Actionfilm 17%, Komödien und Krimis 14% bzw. 10%, Horror-, Kriegs- und Erotikfilme jeweils 5%. Nicht erfaßt sind dabei die indizierten Filme; der Umfang des Schwarzmarktes (Verleih der wegen brutaler Gewalt und/oder Pornographie indizierten Kassetten und vor allem Raubkopien) kann nur vage geschätzt werden. Er umfaßt mit Sicherheit ein Vielfaches der eben genannten Zahlen<sup>1</sup>.

Die Bild-Platte, seit 1982 auf dem bundesdeutschen Markt, spielt eine vergleichsweise

sehr geringe Rolle. Das Angebot beläuft sich zur Zeit auf weniger als 200 Titel. Der Bild-Platte werden eher Chancen im Bereich von Film, Behörden und Schulen eingeräumt.

#### Videotext

Videotext<sup>2</sup> kann übermittelt werden, wenn Fernseh-Programme ausgestrahlt werden. Textinformationen oder Grafiken werden in der Austastlücke des Fernsehbildes zusammen mit dem Fernsehsignal vom Sender aus übertragen. Aus technischen Gründen werden die ersten 20 Zeilen eines Fernsehbildes nicht für das eigentliche Bild verwendet; einige dieser Zeilen können zur Übertragung zusätzlicher Informationen, zur Ausstrahlung von Videotext genutzt werden. Eine Videotext-Seite enthält 24 Zeilen zu je 40 Zeichen.

ARD und ZDF bieten in einem gemeinsamen Dienst zirka 150 Seiten an; einige davon werden von Zeitungsverlegern gestaltet. Das Programm enthält u. a. aktuelle Nachrichten und Informationen aus Politik, Wirtschaft, Sport, Wettervorhersagen sowie eine Programmvorschau für die Hörfunk- und Fernsehprogramme. Einen Schwerpunkt des Videotext-Angebotes bildet die Untertitelung von Spielfilmen, Nachrichten für Gehörgeschädigte usw.

Derzeit wird etwa jedes fünfte Fernsehgerät mit eingebautem Videotext-Decoder verkauft.

#### Bildschirmtext (Btx)

Bei diesem Verfahren werden Telefon und Fernsehgerät durch ein MODEM und einen Decoder miteinander verbunden. Mit dem Telefonapparat kann eine Bildschirmtext-Datenbank angewählt werden. Mit Hilfe des Fernsehgerätes und einer erweiterten Fernbedienung können die dort gespeicherten Seiten auf den Fernseh-Bildschirm abgerufen und dort sichtbar gemacht werden.

Bildschirmtext ist ein Fernmeldedienst der Deutschen Bundespost; im Btx-System kön-

<sup>1</sup> Vgl. „Media-Perspektiven“, 4/1986, S. 278. Die Programmanbieter verzeichneten 1985 einen Umsatz von knapp 345 Mill. Mark. 1984 waren es noch 390 Mill. Mark. Für den Rückgang des Umsatzes macht die Branche die seit April 1985 gültigen verschärften Jugendschutzbestimmungen für Video verantwortlich.

<sup>2</sup> In Österreich und in der Schweiz: Teletext; vom Deutschen Normenausschuß vorgeschriebene Bezeichnung: Fernsehtext.



nen von Anbietern beliebige Informationen in Rechnern (EDV-Anlagen) der Post gespeichert und von dort oder von externen Rechnern abgerufen werden.

Die Zahl der Anschlüsse beläuft sich Mitte 1986 auf zirka 48.000. Fast 4000 Anbieter gestalten derzeit rund 700.000 Btx-Seiten. Die Zahl der Anrufe beläuft sich nach Auskunft der Bundespost monatlich auf über 900.000<sup>3</sup>. Die zunächst starke Euphorie im Hinblick auf den Durchbruch des Bildschirmtextes ist inzwischen einer starken Skepsis gewichen. Die Zahl der angebotenen Seiten ist stark rückläufig, das Interesse der privaten und gewerblichen Nutzer weit geringer als ursprünglich erhofft.

### Kabeltext

Unter Kabeltext wird die Übertragung von Textinformationen, Grafiken und Bildern auf breitbandigen Kanälen bezeichnet. In seiner einfachsten Form ist Kabeltext die Erweiterung von Videotext, bei der jedoch für das Aussenden der Informationen nicht nur die Lücke des Fernsehsignals, sondern ein ganzer Kanal genutzt wird. Dies ermöglicht im Vergleich zum Videotext ein erheblich größeres Tafelangebot und eine kürzere Zugriffszeit.

### Kabel

Der Begriff der Kabelkommunikation über „Breitband-Verteilnetze“ ist relativ jung. Von Breitbandkommunikation wird immer dann gesprochen, wenn bewegte Bilder, also Filme oder Fernsehprogramme, übertragen werden sollen. Von „Breitband“ ist die Rede, weil die Übertragung eines oder mehrerer Hörfunk- und Fernsehprogramme erheblich mehr Platz im Kabel benötigt als zum Beispiel ein Telefongespräch. Während ursprünglich über einen Draht nur ein Signal übertragen werden konnte (Telegrafie, Telefon), gibt es heute Kabelarten, die die Übertragung einer Vielzahl von Signalen zulassen<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> Die Einrichtungskosten für einen Btx-Anschluß betragen DM 65,- einmalig und DM 8,- monatlich. Dazu kommen die Gebühren für den Abruf von Btx-Seiten, die der Anbieter der Informationen festlegen kann, sowie die üblichen Gebühren für die Gesprächseinheiten beim Telefonieren.

<sup>4</sup> Zum Vergleich: 12 bis 24 Fernschreibverbindungen oder sechs Datex-Verbindungen benötigen die Kapazität eines Fernsprechkanales; ein Hörfunk-

Ende 1986 werden rund 2,3 Mill. Haushalte in der Bundesrepublik an das Breitbandkabelnetz angeschlossen sein.

### Low-Power-Frequenzen

Neben der Verbreitung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen über Kabel gewinnt derzeit in der Diskussion die zusätzliche Möglichkeit der Verbreitung von Programmen über Low-Power-Stationen erhebliche Bedeutung in der Diskussion. Einer neuen Statistik der Bundespost zufolge sind in der Bundesrepublik insgesamt 71 terrestrische Frequenzen (Möglichkeiten der herkömmlichen drahtlosen Verbreitung – auf der Erde – über Sender und Empfänger mittels Schwingungen elektromagnetischer Wellen) ermittelt worden, über die nach Rechnungen der Bundespost 17,6 Mill. Einwohner erreicht werden können, in erster Linie die Stadtbevölkerung sowie die Menschen im Umland der Städte. Derzeit werden in über 30 weiteren Städten solche Frequenzen ermittelt. Einen Teil dieser Frequenzen beanspruchen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur Sicherung der Fernsehversorgung. Nach den Plänen der Bundespost jedoch wird ein Großteil dieser neuen Übertragungskanäle an private Anbieter verteilt werden. Denkbar ist eine Verbindung dieser lokalen Fernsehstationen etwa über Kabel zu regionalen oder überregionalen Stationen.

### Satelliten

Satelliten sind eine neue Art von Rundfunksendern, die zu den terrestrischen hinzukommen. Sie arbeiten geostationär, d. h. sie bewegen sich synchron zur Erdumdrehung in 36.000 Kilometer Höhe über dem Äquator.

Es ist zu unterscheiden zwischen Fernmeldesatelliten und Rundfunksatelliten.

*Fernmeldesatelliten* werden neben der Vermittlung von Telefon- und Datenverkehr auch für die Zuführung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen genutzt. Sie unter-

programm beansprucht die Kapazität von sechs Fernsprechkälen; ein Fernsehprogramm benötigt die Kapazität von rund 1000 Fernsprechkälen.

Es gibt Koaxialkabel (Kupfer) und Glasfaserkabel. Ein Glasfaserkabel reicht aus für 15.360 Sprechkanäle (Kupferkoaxialkabel: 7680).



scheiden sich in ihrer Funktion nicht von terrestrischen Leitungsverbindungen beziehungsweise von Richtfunksystemen. Fernmeldesatelliten arbeiten mit schwachen Sendeleistungen, so daß für den Empfang der Programme Antennenanlagen mit Parabolspiegeln von 3 bis 30 Metern Durchmesser eingesetzt werden müssen; ein Empfang durch Privatpersonen ist also nicht möglich. *Rundfunksatelliten*, auch Direktsatelliten genannt, senden mit einer wesentlich größeren Leistung, so daß für den Empfang der abgestrahlten Programme Parabolantennen mit einem Durchmesser von 60 bis 90 Zentimetern ausreichen.

Die Programme der Fernmeldesatelliten werden in die Kabelsysteme eingespeist. Die Organisation Europäischer Fernmeldeverwaltungen (EUTELSAT) entwickelte ein System (ECS), das fünf Satelliten umfaßt. ECS-F1 und ECS-F2 arbeiten bereits, weitere ECS-Satelliten werden folgen.

Der Telekommunikationsverkehr der westlichen Welt wird heute von der Organisation INTELSAT durchgeführt, der inzwischen über 100 Länder angehören. Die Deutsche Bundespost hat seit Beginn 1985 auf dem INTELSAT V-F1 für zunächst drei Jahre drei Kanäle für die Ausstrahlung von je zwei Fernsehprogrammen gemietet<sup>5</sup>.

## II. Neue Aktivitäten im Programmbereich

Es wurde eingangs schon angedeutet: Im Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheit stehen die Anwendung der Technik, die dafür erforderlichen gesetzlichen Grundlagen und die darin festgeschriebenen Struktur- und Organisationselemente sowie die Zulas-

<sup>5</sup> Der Start des direkt abstrahlenden Rundfunksatelliten TV-SAT war für die zweite Hälfte dieses Jahres vorgesehen; durch den Fehlstart beim 18. Flug der „Ariane“ mußte dieser Plan jedoch verschoben werden. Für einige Jahre können aus Gründen der Energieerzeugung nur vier der fünf Satellitenkanäle für die zeitgleiche Ausstrahlung von Programmen des TV-SAT eingesetzt werden. Nach Start eines zweiten direkt abstrahlenden Satelliten werden dann Ende der 80er Jahre alle fünf der Bundesrepublik zugeteilten Frequenzen verwendet werden können. Die Aufteilung der Kanäle ist jedoch sehr umstritten. Drei Kanäle werden voraussichtlich den Bundesländern zur Verfügung gestellt, die über die Lizenzvergabe zu entscheiden haben. Ein vierter Kanal könnte von ARD und ZDF genutzt werden; ein fünfter Kanal dürfte der Übertragung von fünfzehn Hörfunkprogrammen in Stereoqualität vorbehalten bleiben.

sungsbedingungen. Diese sind zumindest in einem kurzen Überblick anzubieten, ebenso wie die Darlegung der Aktivitäten im Programmbereich sowie die sich bereits jetzt abzeichnende künftige Mediensituation.

### 1. Zum Stand der Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland

Die in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Rundfunkanstalten basieren auf Gesetzen beziehungsweise auf Staatsverträgen der Länder. Der Rundfunk liegt als Faktor der Kultur der föderalistischen Kompetenzverteilung entsprechend in der Zuständigkeit der Gesetzgeber auf Landesebene. Gleichwohl besitzt die Bundespost, die für die Verteilung von Programmen zuständig ist, einen erheblichen Einfluß auf die Medienpolitik und vor allen Dingen auf deren Umsetzung. Etwa durch die Bereitstellung von Satellitenkanälen, den Ausbau der Kabelnetze beziehungsweise die Entscheidung, wo und in welchem Umfang solche Netzwerke zur Verfügung gestellt werden, wirkt die Bundespost in erheblichem Umfang auf die Anbietersituation ein.

Die Initiative zur Neugestaltung der Medienlandschaft ging mit der Einberufung der „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems“ (KtK) 1974 vom Bund aus. Doch fiel es dann in die Zuständigkeit der Ministerpräsidenten, die von der KtK vorgeschlagenen Modellversuche 1978 zu beschließen und die dafür erforderlichen gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Der Beschluß der Ministerpräsidenten, vier Pilotprojekte durchzuführen, wurde schließlich in Ludwigshafen (Beginn 1. Januar 1984), München (Beginn 1. April 1984), Dortmund (Beginn 1. Juni 1985) und Berlin (Beginn 28. August 1985) realisiert.

#### Nachhinken der Pilotprojekte

Ursprünglich sollten die Ergebnisse der Pilotprojekte die Grundlage für weitere Entscheidungen bilden. Doch schien zumindest der Mehrheit der für die Gesetzgebung verantwortlichen Politiker die Regelung der Medienzukunft nicht so lange aufschiebbar zu sein. So sind in der Zwischenzeit in fast allen Bundesländern – Bremen, Hessen und



Nordrhein-Westfalen ausgenommen – Mediengesetze verabschiedet. Damit sind zwei-fellos entscheidende Festlegungen für die nächsten Jahre getroffen, auch wenn die Ge-setze teilweise heftig umstritten sind und be-reits das Bundesverfassungsgericht mit der Überprüfung und der Entscheidung befaßt ist, ob sie mit dem Grundgesetz und den bis-herigen Forderungen der Bundesverfas-sungsrichter übereinstimmen.

#### Generelle Zulassung privaten Rundfunks

Bei aller Verschiedenheit in einzelnen Be-stimmungen wird durch diese neuen Me-diengesetze erstmals privater Rundfunk ge-nerell, also über die bislang regional be-grenzten Versuche hinaus, zugelassen. Ebenso neu: die Programme sollen im wes-entlichen durch Werbung finanziert wer-den. Der Leitgedanke bei dieser Neugestal-tung des Rundfunkwesens war, die in der Gesellschaft vorhandenen verschiedenen Meinungen durch möglichst viele Progam-me zu repräsentieren. Während der her-kömmliche Rundfunk für die Vielfalt von Themen und Meinungen innerhalb seines Programms Sorge zu tragen hat (Binnenplu-ralität) und die Einhaltung dieser Auflagen durch den Rundfunkrat, ein Gremium, das aus den Vertretern der gesellschaftlich rele-vanten Gruppen gebildet wird, kontrolliert und gegebenenfalls durch Auflagen korri-giert werden kann, hatten die Politiker vor allen Dingen der CDU/CSU zur Neuregelung ein anderes Modell vor Augen: Vielfalt sollte dadurch erreicht werden, daß jedem die Möglichkeit geboten wird, Programme anzu-bieten, selbstverständlich auf der Basis von Verfassung und geltenden Gesetzen. Da durch die mögliche Vielzahl der Programme die vorhandene Vielfalt der Meinungen in ei-ner Gesellschaft widergespiegelt werden soll, konnte man so in der Sicht der dieses Modell favorisierenden Politiker darauf ver-zichten, die neuen Programme unter die Kontrolle eines plural organisierten Gremi-ums zu stellen.

#### Abschwächungen infolge qualifizierter Einwände

Die von den verschiedenen Seiten vorge-brachten Einwände gegen ein reines außen-plurales Modell führten schließlich in den

einzelnen Gesetzen zu mehr oder minder starken Abschwächungen. Besonders mit Blick auf mögliche Einwände des Bundes-verfassungsgerichtes, das in seinen bisheri-gen Urteilen in den Jahren 1961, 1971 und 1981 deutliche Leitlinien formuliert hatte, kam es wohl zur Reduzierung der ursprüng-lich weiter gesteckten Ziele. Nicht zuletzt die Erkenntnis, daß trotz der sich bietenden grundsätzlichen Möglichkeiten im (teuren) Fernsehbereich nicht allzu viele Programm-anbieter zu aktivieren sein dürften und so die Repräsentanz der gesellschaftlichen Plu-ralität in den neuen Systemen möglicher-weise nicht einmal annähernd erreicht wird, führte in den einzelnen Landesmediengeset-zen zur Aufnahme von Bestimmungen, die eine mehr oder weniger einflußreiche Mit-sprache gesellschaftlicher Gruppen und An-forderungen an ein Mindestmaß an Mei-nungsvielfalt u. a. beinhalten.

#### Sicherstellung eines echten Meinungsmarktes

Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet nämlich den Gesetzgeber dazu, durch beson-dere Vorkehrungen sicherzustellen, daß der Rundfunk nicht einzelnen Gruppen ausge-liefert wird, die verschiedenen gesellschaftli-chen Kräfte im Gesamtprogramm zu Wort kommen und die Freiheit der Berichterstat-tung unangetastet bleibt. Das Gericht ver-langt somit einen „Meinungsmarkt“, auf dem die Vielfalt der Meinungsrichtungen unverkürzt zum Ausdruck kommen kann und ein Gesamtangebot garantiert wird, in dem die für die freiheitliche Demokratie konstitutive Meinungsvielfalt zur Darstel-lung gelangt. Das Bundesverfassungsgericht hat sich dabei nicht auf ein bestimmtes Orga-nisationsmodell (binnenplural oder außen-plural) festgelegt, sondern vielmehr inhaltli-che Auflagen für den jeweiligen Ordnungs-rahmen gesetzt.

1961 hat das Bundesverfassungsgericht die Einführung privaten Fernsehens auf kom-merzieller Basis mit dem Hinweis auf die be-grenzte Zahl der Frequenzen abgelehnt. Da-neben verwies das Gericht jedoch auch auf die Tatsache, daß nicht alle gesellschaftli-chen Gruppen in der Lage sind, die finanziell aufwendigen Programme insbesondere des Fernsehens zu produzieren. In seinem letz-



ten großen Urteil hat das Oberste Gericht zumindest angedeutet, daß zwar die technischen Engpässe nicht mehr bestehen, die wirtschaftlichen Voraussetzungen und damit die unterschiedliche Potenz der gesellschaftlichen Gruppen aber weiterhin.

## 2. Programmaktivitäten

Auf der bislang skizzierten Basis – technische Voraussetzungen und Mediengesetzgebung – hat sich inzwischen ein „Markt“ entwickelt, der allerdings nur sehr schwer zu überblicken ist. Gründe dafür sind in der ständigen Fluktuation, im Kommen und Gehen der Anbieter, in ständig wechselnden Fusionen, in nicht immer bekannten Beteiligungen verschiedener Interessenten und vor allem in der äußerst großen Vielschichtigkeit (bundesweite, regionale und lokale Anbieteraktivitäten und Empfangsmöglichkeiten) zu suchen. Vgl. dazu untenstehende Tabelle<sup>6</sup>.

<sup>6</sup> Darüber hinaus existieren *regionale Fernsehanbieter*, deren Angebot zwischen 30 Minuten pro Monat und 24 Stunden pro Tag liegt. Nachstehend einige der Anbieter in der Bundesrepublik Deutschland.

Berlin: Havelwelle, Non-Stop-Berlin-Journal, Tonight Special Talkshow, TD 1 (Türkisch-deutsches Kabel TV), Live Video Channel, Nachtschau, MS Medien Service.

München: Tele-Zeitung München, TV weiß-blau, Multi-Tel (Programm für ausländische und deutsche Mitbürger, jüdisches Leben in unserem Lande), Zauber der Berge, Theater und Lebenshilfe. Tele Südwest, Mainz (Beteiligung: Rheinpfalz, Allgemeine Zeitung Mainz, Koblenzer Rheinzeitung) Video Bonn Produktion, Bonn EPF, Ludwigshafen (Beteiligung: Rheinpfalz Verlag, Neue Medien GmbH) Freising im Bild, Freising In einige Kabel-Netze (Berlin, Hamburg usw.) werden zudem die Dritten Fernsehprogramme des Bayerischen Rundfunks und des Westdeutschen Rundfunks eingespeist.

*Private Hörfunk-Sender* (Auswahl) in der Bundesrepublik Deutschland: Schleswig-Holstein: Radio Schleswig-Holstein, Beteiligung von 16 Zeitungsverlegern, Sendung über Luft.

Hamburg: Folgende Anbieter haben eine Lizenz beantragt: Radio Hamburg, Radio 104, Projekt Radio Hamburg, Linksrheinischer Rundfunk und Private Rundfunkorganisation (PRO), Sendung über Luft.

Niedersachsen: ffn – Funk und Fernsehen Nordwestdeutschland, Beteiligung von 56 Zeitungsverlegern, Mediengesellschaft Niedersachsen, Sendung über Luft. – Am 8. März 1986 wurde der „Verband Niedersächsischer Lokalfunk“ gegründet. Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfälzische Rundfunkgesellschaft (RPR), Beteiligung von 90 Mitgliedern, u. a. Ufa, FAZ, PKS, regionale Zeitungen, Sendung über Luft und Kabel; Private Rundfunkorganisation (PRO), Beteiligung von Hoffie, Linsmeier, Gong,

## Satelliten- und Kabel-TV-Sender nach dem derzeitigen Stand:

Name und Sitz des Programms	Umfang und Inhalt	Finanzierung	Gesellschafter
SAT 1 / Mainz seit 1. 1. 1985	10–12 Stunden pro Tag Unterhaltung, Serie, Spielfilm, Magazine, aktuelle Nachrichten	Werbung	PKS, Aktuell Presse-Fernsehen (APF, 140 Verlage und Tageszeitungen), Kabel Media Programmgesellschaft (KMP), Axel Springer Verlag, Burda GmbH, Otto Maier GmbH, Heinrich Bauer Verlag, Verlagsgruppe G. von Holtzbrinck, Frankfurter Allgemeine, Neue Mediengesellschaft Ulm
3 SAT / Mainz seit 1. 12. 1984	19.00–24.00 Teile der Programme von ZDF, ORF und SRG	Etat-Mittel	ZDF, ORF, SRG
RTL plus / Luxemburg seit 2. 1. 1984	70 Stunden pro Woche Unterhaltung, Information	Werbung	CLT Luxemburg, Bertelsmann AG 40%, Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ, 10%)
EINS PLUS / Baden-Baden, seit 29. 3. 1986	19.00–24.00 Kulturprogramm	Rundfunkgebühren	ARD-Anstalten, Zulieferung SRG
Europa TV / Hilversum seit 5. 10. 1985	Vollprogramm	Rundfunkgebühren und Werbung	Beitrag der ARD-Anstalten und weiterer drei europäischer Rundfunkorganisationen
musicbox / München seit 1. 1. 1984	7½ Stunden pro Tag Musik, Videos	Werbung	Wolfgang Fischer, Dumont-Schauberg-Verlag u. a.
Sky Channel / London seit 26. 4. 1982	16–17 Stunden pro Tag Unterhaltung	Werbung	England: Patrick Cox, Deutschland: Michael Kayser, News International/Rupert Murdoch, London
TV 5 Satellitimages / Paris, seit 1. 4. 1984	15.00–22.30 täglich frankophones Vollprogramm		Antenne 2, TF 1, Télé Quebec, SSR (Schweiz)



### III. Chancen und Probleme der Neuen Medien

Wie im einführenden Teil kann auch hier die Aufmerksamkeit nur auf Chancen und Probleme der neuen Kommunikationssysteme gerichtet werden. Die mit Sicherheit eintretenden Folgen der neuen Technologien insgesamt auf das private und berufliche Leben der Menschen (Wirtschaftsstruktur, Auswirkungen auf Arbeitsplätze usw.) können hier nicht ausgeführt werden.

#### Die Machtfrage

als Zentrum der Auseinandersetzung . . .

Bundesminister Dr. Schwarz-Schilling betonte am 11. Juni 1986, daß im Mittelpunkt des Streites nie die Frage nach der Technik stand, vielmehr die Machtfrage in Wahrheit das Zentrum der Auseinandersetzung bildete. Dieser Einschätzung ist sicher zuzustimmen, wobei hier von offizieller Seite die Perversion der Prioritäten bestätigt wird. Es ist signifikant, daß es um Macht geht und die anstehenden Fragen nach entsprechenden Gesichtspunkten beantwortet werden, wo es doch vielmehr um Sachgesichtspunkte zu gehen hätte, wie gesellschaftliche Kommunikation im Dienste des Menschen und der Gesellschaft optimal geregelt werden kann. Wenn am Anfang jeglicher sozialen Beziehung Kommunikation steht und jeder Mensch, aber auch jede Gesellschaft von

Blitz-Tip u. a., Sendung über Luft und Kabel; Linksrheinischer Rundfunk, Beteiligung von verschiedenen SPD-nahen Organisationen und Verbänden, Sendung über Luft und Kabel; Radio 85, Beteiligung von Springer, Bauer, Burda, KMP, Sendung über Luft und Kabel.

Baden-Württemberg: In Baden-Württemberg liegt seit Juli 1986 ein Nutzungsplan verabschiedet vor, der kabelgebunden 24 Fernsehprogramme und ab 1. Jänner 1987 35 Hörfunkprogramme sowie 72 drahtlos verbreitete, terrestrische Hörfunkprogramme vorsieht.

Bayern: München (Sendung über Luft und Kabel): Radio 1, Radio Aktiv, Radio M 1, Radio 44, Radio Xanadu, Radio Brenner, Radio C, Jazzbüro Ruhland, Radio Soundtrack, Radio Charivari, Radio 2 Day, Radio Gong 2000; Ingolstadt (Sendung über Luft): Radio Neues Europa; Nürnberg (Sendung über Kabel): Radio F Programm und Werbegesellschaft, Neue Welle Franken; Kaufbeuren (Sendung über Kabel): Neue Welle Ostallgäu, Radio Tele Allgäu; Kempten (Sendung über Kabel): Radio Tele Allgäu, Radio Allgäu Aktuell, Radio Seesio. – Bis zum 27. März 1986 hatten sich in Bayern 351 Bewerber für terrestrische Hörfunk-Frequenzen gemeldet.

Die vorliegenden Informationen (inkl. Tabelle) sind entnommen: Neue Medien Nr. 11/Juni 86, S. 74.

Kommunikation abhängig ist und niemand den Bereich der Kommunikation einfach verlassen kann, wenn Kommunikation also lebensnotwendig für das Individuum und für kollektive Einheiten und Gemeinschaften ist, dann müßten neue Systeme doch danach beurteilt werden, ob sie Kommunikation ermöglichen und verbessern oder aber reduzieren und verhindern.

. . . ein falscher Maßstab

Wenn dieses der Maßstab ist, müssen Macht und Profitstreben als primäre Motivations-elemente ebenso abgelehnt werden wie die Versuche, Herrschaft über einzelne Menschen oder gesellschaftliche Gruppen zu gewinnen. Vielmehr können nur die Partizipation und Repräsentation möglichst vieler, Informations- und Meinungsvielfalt, Chancengleichheit u. a. Ziel der Errichtung neuer Kommunikationssysteme sein. Gegen die Vermehrung von Abhängigkeit und Zwängen muß es in erster Linie um die Vergrößerung der Freiheitsräume der Menschen gehen.

Wenn im folgenden Chancen und Probleme stichwortartig dargelegt werden, so will damit nicht gesagt sein, daß Chancen und Probleme automatisch und in vollem Umfang eintreten. Es müssen jedoch Vorkehrungen getroffen werden, im einen Fall die möglichen Chancen zu verwirklichen, im anderen Fall die Probleme durch gezielte Maßnahmen auszuschalten oder zu reduzieren.

#### 1. Chancen

Es ist nicht zu leugnen, daß neue Kommunikationssysteme Chancen beinhalten, wenn sie entsprechend konstruiert und Grundlegungen entsprechend realisiert würden. Denkbare Chancen lassen sich dabei folgendermaßen skizzieren:

Ein vermehrter *publizistischer Wettbewerb* zwischen Ideen und Meinungen könnte eine Konkurrenz im Sinne eines journalistischen Wettbewerbes bedeuten und dazu veranlassen, die jeweils relevantesten Informationen auszuwählen, qualifiziert zu bearbeiten und sie möglichst optimal aufzubereiten. Ebenso könnte ein solcher Wettbewerb eine verstärkte Hinwendung zu den Bürgern, ihren Interessen und Bedürfnissen bedeuten und



insgesamt die Freiheit für Hörer und Zuschauer vergrößern, weil ein breiteres Meinungsspektrum angeboten, die verschiedenen Aspekte zu einem Thema differenzierter angeboten werden.

Insbesondere könnte angesichts der zu erwartenden zahlreichen regionalen und lokalen Anbieter die bisher ausschließlich den Zeitungen vorbehaltene *lokale Kommunikation* intensiviert werden. Damit aber besteht die Chance, den Menschen Informationen zukommen zu lassen, die ihren unmittelbaren Lebensbereich betreffen und für sie aus diesem Grund von besonderer Relevanz sind.

Die neue Technik bietet auf Grund der zahlreich vorhandenen Kanäle die Möglichkeit, zu *zielgruppenspezifischen und individualisierten Kommunikationsformen* zu kommen. Gerade in einer stark differenzierten und arbeitsteiligen Gesellschaft sind die Bedürfnisse der Menschen ebenfalls sehr differenziert und spezifisch. Zu fragen bleibt allerdings, wie Programme für zahlenmäßig nicht sehr ins Gewicht fallende Gruppen zu finanzieren sind.

Die Vermehrung der Programmvielfalt insbesondere im regionalen und lokalen Bereich läßt in jedem Fall eine *verstärkte Partizipationsmöglichkeit* der Menschen zu, indem Gruppen und einzelne Personen in weit ausgeprägterem Maße in die Programme einbezogen werden und so echte Kommunikation verstärkt werden könnte. Das bisher vorrangig geltende Kommunikationsmodell der Informationsvermittlung von wenigen zu vielen (Massenkommunikation) könnte durchaus zugunsten einer verstärkten Kommunikation z. B. zwischen einzelnen Gruppen der Gesellschaft verändert werden.

Schließlich bietet die neue Technik die *Möglichkeit interaktiver Dienste*: zumindest in begrenztem Rahmen werden Hörer und Zuschauer, die bislang ausschließlich „empfangen“ konnten, in die Lage versetzt, aktiv auszuwählen, „zurückzusprechen“, also zu reagieren durch Auswahl (Abonnementsfernsehen), Kritik usw.

## 2. Probleme

Die zu erwartenden/möglicherweise eintretenden Probleme lassen sich mit folgenden Hinweisen skizzieren:

### Die Folgen der Finanzierung durch Werbung

Die bisher entstandenen und die noch zu erwartenden Programme sind nach den geltenden Gesetzen vorrangig über Werbung zu finanzieren. Einnahmen aus der Werbung setzen jedoch möglichst *hohe Zuschauerzahlen* voraus. Da das Volumen der Finanzen, die für Werbung ausgegeben werden können, begrenzt ist und das Ziel der verschiedenen Programme die selben Menschen sind, ist der Kampf um den Zuschauer vorprogrammiert. Hohe Zuschauerzahlen aber sind nicht durch Informations-, Kultur- oder Bildungsprogramme zu erreichen, sondern ausschließlich durch Unterhaltung. Anspruchsvolle Programme anzubieten bedeutet, auf große Zuschauerzahlen zu verzichten, was wiederum heißt, ein solches Programm zumindest nicht über Werbung finanzieren zu können. Es besteht also die Gefahr der Vermehrung massenwirksamer, vordergründig attraktiver Angebote, die Gefahr des Kampfes um Einschaltquoten mit Angleichung der Programme an den Einheits-Massen-Publikumsgeschmack.

*Konkurrenz* belebe das Geschäft, so ist immer wieder zu vernehmen. Doch Konkurrenz kann hier nur heißen: Kampf um den Zuschauer, Kampf um hohe Einschaltzahlen und damit Angebot solcher Programme, mit denen solche Einschaltzahlen zu erreichen sind. Ob Konkurrenz dann sehr verschiedene, einander ergänzende Programme, also Programmvielfalt, bringen wird? Ob damit nicht vorrangig eine Vermehrung der Programme einhergeht, in denen Action, Oberfläche, Hektik, Schaeffekte und Betäubung Trumpf sein werden/sein müssen?<sup>7</sup>

Der Kampf der Zeitungsverleger wie insgesamt der Verlage, von der durch Elektronik bestimmten Zukunft im Kommunikations-

<sup>7</sup> Gleichwohl ist natürlich auf die schwierige Situation zu verweisen, auf private Programme, die sich aus Werbung finanzieren, zu verzichten. Zum ersten Mal in der Geschichte der elektronischen Medien ist es nämlich jetzt möglich, über Satelliten deutschsprachige Programme aus dem Ausland in die Bundesrepublik zu senden. Soll verhindert werden, daß die erheblichen Beträge, die für Werbung ausgegeben werden, in das benachbarte Ausland fließen, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, diese Gelder in der Bundesrepublik zu binden.



bereich nicht abgeschnitten zu werden, verdient gleichermaßen Beachtung, einmal weil eine Verlagerung im Bereich der Druck-erzeugnisse auf den Bildschirm nicht von der Hand zu weisen ist, zum anderen, weil die Zeitungsverleger mit Recht befürchten, daß ihre bisherigen Werbekunden in den möglicherweise attraktiveren elektronischen Medienbereich abwandern, was wiederum bei der hohen Abhängigkeit der Zeitungen von Werbeaufträgen den sicheren *Tod von Zeitungen*, Magazinen und Illustrierten zur Folge hätte.

Schließlich ist jedoch auf das Problem der Konkurrenz zwischen den privaten Anbietern und den öffentlich-rechtlichen Programmen hinzuweisen. *Die öffentlich-rechtlichen Anstalten*, die deutlich formulierte Programmanforderungen zu erfüllen haben, fürchten nicht ohne Grund um die bisherigen Einschaltzahlen und sprechen sich entschieden dagegen aus, nur noch Programme für Minderheiten anbieten zu müssen. Bei ihrer Abhängigkeit bei der Festsetzung der Gebühren durch die Landesparlamente könnte so schnell durch den Verweis auf sinkendes Zuschauerinteresse Druck auf die Anstalten ausgeübt werden mit dem Ziel, möglichst unkritische, angepaßte Sendungen zu produzieren. Freilich ist die bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten festzustellende Neigung, Notwendigkeit und Wichtigkeit einer Sendung primär nach hohen Einschaltzahlen zu beurteilen, in diesem Zusammenhang kritisch zu bewerten. Auch sind Überlegungen, möglichen privaten Anbietern durch Programmangebote, die hohe Zuschauerzahlen binden, den potentiellen Markt zu nehmen, zumindest zweischneidig. Von den öffentlich-rechtlichen Anstalten wird in nächster Zeit verstärkt eine Rückbesinnung auf ihren eigentlichen Programmauftrag zu fordern sein, der allein die Finanzierung der Programme über Gebühren rechtfertigt.

In solchem Zusammenhang als konsequent zu bezeichnende Maßnahmen, auch den privaten Programmen *Mindestanforderungen an Qualität und Vielfalt des Programms* zu setzen, haben sich jedoch bereits jetzt als utopisch erwiesen, da private Anbieter sol-

che Auflagen als Eingriff in ihre Freiheit und als objektives Hindernis, die erforderlichen großen Zuschauerzahlen zu erreichen, ablehnen.

Nachteile infolge einer Vermehrung der Programme

Ein zweiter großer Problemkomplex ist zweifellos mit dem Stichwort „Vermehrung der Programme“ gekennzeichnet. Damit einher kommen folgende mögliche Nachteile:

Zunahme der negativen Folgen des Medienkonsums zum Beispiel für Kinder und Familien;

Abnahme der direkten personalen Kommunikation, Zunahme der Isolation;

passive Konsumentenhaltung, nachlassende Bereitschaft zur aktiven, gemeinschaftlichen Auseinandersetzung mit Problemen; schwindende Integration durch geringe Betonung persönlichkeits- und gesellschafts-integrierender Sinnzusammenhänge;

Gleichschaltung durch ähnliche oder gleichartige Programme;

Zunahme von Sekundär-, von Fremderfahrung;

wachsende Segmentierung einer Gesellschaft durch zu ausgeprägtes Selektionsverhalten der Hörer und Zuschauer zugunsten vorhandener Interessen- und Wissensgebiete;

Chancenungleichheit durch Aufteilung in Informierte und Uninformierte sowie Verstärkung gesellschaftlicher Polarisierung;

Gleichsetzung von „wichtig“, „zutreffend“ und „richtig“ mit der Chance des „Verkaufs“;

steigender Fernsehkonsum; Beispiel USA: der Fernsehkonsum pro Haushalt beträgt über sieben Stunden am Tag; bezogen auf die Einzelpersonen in diesen Haushalten bedeutet dies einen Durchschnitt von zirka 4 $\frac{1}{2}$  Stunden<sup>8</sup>.

#### IV. Was bleibt zu tun?

Immer wieder ist in Diskussionen davon die Rede, der Zuschauer und Zuhörer sei in keinem Fall einer auf ihn zurollenden Pro-

<sup>8</sup> Vgl. A. C. Nielson Company: '85 Nielson Report on Television, North Brook 1985.



grammwelle ausgesetzt, ihm bleibe ja in jedem Fall die Macht über den Ausschaltknopf. Auch wenn dies zutrifft: eine solche Anmerkung entbehrt nicht einer gewissen Portion an Zynismus. Denn dies hieße, auf ein bestimmtes Mindestniveau, auf bestimmte Forderungen an Farbe und Vielfalt der Programme bewußt und von vornherein zu verzichten.

Freiräume schaffen zur Sozialisation eigenständiger Menschen . . .

Es führt kein Weg daran vorbei: In Zukunft wird der kompetente Hörer und Zuschauer mehr denn je notwendig sein. Die Faszination der bewegten Bilder und die damit oft gegebene starke Passivität der Rezipienten sind zumindest in der Zielfestlegung aufzuheben zugunsten einer gezielten Auswahl von Programmen und einer kritischen Verarbeitung. Dies setzt freilich Menschen voraus, die Selbstsicherheit und Selbständigkeit, also eigene Positionen, und die Möglichkeit der Auseinandersetzung bereits mitbringen. Doch ob die dafür notwendigen Sozialisationsinstanzen den erforderlichen Freiraum, der nicht bereits von Inhalten und Art und Weise massenmedialer Darbietungen beeinflusst ist, finden?

Daneben gewinnt mit Sicherheit in der Zukunft die äußerst genaue Beobachtung von Programmen (Konzeption des Gesamtprogramms und einzelner Sendungen) an Bedeutung. Daß dies gerade von Menschen und Institutionen, denen an der Erziehung und Bildung von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen liegt, in besonderem Maße zu fordern ist, dürfte nicht bestritten werden. Von solchen Multiplikatoren sind in Zukunft verstärkt kritische Anmerkungen zu erhoffen wie auch gerade von jenen Institutionen, denen der Mensch, das gelingende Leben von Individuen und Gesellschaft, Grund und Ziel ihres Auftrages ist. Vorrangig wird es dabei um die kritische Aufdeckung von Verdrängungen und Verkehrungen richtiger und wichtiger Prioritäten im Programm gehen müssen. Doch daneben könnten eine verstärkte aktive Mitarbeit in den Medien selber sowie der direkte und in-

direkte Einfluß auf Form und Inhalt der Programme das Gebot der Stunde sein. Gestaltung eigener Beiträge jedoch nicht als Rückzug auf eigene Kanäle, sondern als Mitwirkung in den Programmen, die von Hörern und Zuschauern empfangen werden. Kritische Begleitung, qualifizierte Reaktionen auf Sendungen sind mit Sicherheit weitere zu nennende Stichworte.

. . . als Aufgabe der Medienerziehung

Und es bleibt die Aufgabe der Medienerziehung. Erziehung, Bildung, Information derjenigen, die mediale Angebote erarbeiten, und derjenigen, in deren Entscheidung es liegt, die Angebote zu nutzen, also der Leser, Hörer und Zuschauer. Denn der kompetente Nutzer, der entscheidungsfähige Hörer und Zuschauer, die Selbständigkeit den Medien gegenüber sind nicht selbstverständlich, da Medien-Angebote gerade durch ihre Faszination und Attraktivität den Menschen vielfach in ihre Abhängigkeit zu bringen versuchen, nicht selten genug mit Erfolg. Das Ziel wird der Teilnehmer sein, der sich dem Programm nicht einfach ausliefert, sondern bewußt und begründet auswählt, der die Strukturen und Gesetzmäßigkeiten der einzelnen Medien kennt und sie sich bei der Aufnahme des Dargebotenen bewußtmacht, der subjektive Perspektiven und Wertungen herausfindet. Medienerziehung ist – so verstanden – ein informierendes, begleitendes, kritisierendes und kompensierendes Gegenüber zu den alten und den neuen Kommunikationsmedien. Diese Forderung wird umso dringlicher, je mehr Systeme, Medien und Programme auf uns zukommen und je weniger Veranstalter gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und Werten verpflichtet sind und auch je weniger sie durch gesellschaftlich organisierte Kontrollinstanzen überwacht und verpflichtet werden können. Allerdings wird sich die Machtbalance zwischen agierenden Programmanbietern und reagierenden Verantwortlichen in der Bildungsarbeit wohl nicht von heute auf morgen – wenn überhaupt – in ein Gleichgewicht bringen lassen. Stimulierende und kritisierende Hilfen beispielsweise der Kirchen dürften also mehr denn je angezeigt sein.